



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

Mag. WOLFGANG SOBOTKA  
HERRENGASSE 7  
1010 WIEN  
TEL +43-1 53126-2352  
FAX +43-1 53126-2191  
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0980-II/2/a/2016

Wien, am 3. November 2016

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mühlberghuber und weitere Abgeordnete haben am 14. September 2016 unter der Zahl 10199/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „mutmaßliche Vertuschung eines Bomben- oder Terrorattentats in der Marktgemeinde Gaming“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

Nein, ein Bomben- oder Terroralarm wurde nicht ausgelöst. Am 24. August 2016 zwischen 21:00 Uhr und 21:30 Uhr kam es zu einem polizeilichen Einsatz aufgrund der Detonation eines vorerst unbekanntes Gegenstandes.

Der Einsatz fand auf einer Grünfläche in unmittelbarer Nähe des „Funparks“ der Kartause Gaming statt. Erhebungen vor Ort ergaben, dass es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um die Umsetzung eines pyrotechnischen Gegenstandes handelte. Die anschließende Untersuchung des Bundeskriminalamtes ergab, dass es sich um einen Knallkörper der Marke „Viper“ handelte.

Weitere Ermittlungen wurden durch die Polizeiinspektion Gaming, das Landesamt für Verfassungsschutz Niederösterreich und in weiterer Folge durch das Bundeskriminalamt geführt. Diese Ermittlungen dienten der Sachverhaltsklärung.

**Zu Frage 4:**

Nein. Es erfolgte lediglich eine Sachverhaltsmitteilung an das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung.

**Zu den Fragen 5 bis 7 und 11 bis 13:**

Nein.

**Zu Frage 8:**

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

**Zu den Fragen 9 und 10:**

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

In diesem Zusammenhang darf jedoch auf die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ des Bundesministeriums für Inneres verwiesen werden, mit der auf das steigende Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger eingegangen wird. Durch das Projekt, das dem Konzept des „Community Policing“ folgt, soll den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten werden, auf Basis einer transparenten Information freiwillig in präventive Aktionen eingebunden zu werden.

Die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ zielt darauf ab, den Sicherheitsdialog zwischen Bürgern, Gemeinden und Polizei zu fördern und zu koordinieren, um als Gesellschaft des Hinsehens und aktiven Handelns die Sicherheit zu erhöhen. Dieses Bürgerbeteiligungsmodell soll den Menschen in Österreich die Möglichkeit bieten, auf Basis einer transparenten Information, freiwillig in präventive Aktivitäten eingebunden zu werden. Durch dieses Projekt wird dem vermehrten Bedarf der Einbindung der Bevölkerung im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung Rechnung getragen.

**Zu Frage 14:**

Der gegenständliche Sachverhalt stellte zu keinem Zeitpunkt eine Bedrohung der Öffentlichkeit dar.

Mag. Wolfgang Sobotka



